

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich zweimaliger Bestellung monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M., Die Heftzahl 37 zum best. Preis 2 M. Auf Familienanfragen, Einzelnen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1,50 M. u. Bek. 25%, Vorzugsplätze laut Tarif. Zusätzl. Beiträge geg. Vorsatzzahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 2 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Meylich & Pöschel in Dresden.
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Für die Nachdruckgebühr: 20011.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersungene Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Die Koalitionserweiterung nach rechts.

Eine Rede Stefemanns.

Karlruhe, 22. Sept. Dr. Stefemann hielt im Pforzheimer Ortsverein der Deutschen Volkspartei eine Rede über die Reichspolitik. Er verurteilte das Vorgehen des Reichskanzlers Dr. Brüning in der Streitfrage mit Bayern und mißbilligte dabei besonders die Verlesung des Weismannschen Berichtes im Verfassungsausschuß. Seine Partei stehe auf dem Boden der Weimarer Verfassung. Notwendig sei nach innen und außen eine breite Realernstbasis. Auf die Frage, ob er zu einem Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratischen Partei bereit sei, antwortete er mit einem klaren Ja. „Ahnung hat die Rechtsblock! Die Linksblock! Sollte man den Gedanken propagieren: Volksgemeinschaft aller. Wir müssen, sagte der Redner, eine Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie schließen. Er freute sich über den Beschluß der Sozialdemokraten auf dem Görtlicher Parteitag, der den Weg für eine Verständigung in Preußen und im Reich öffnete, sowie ferner über die Abgabe der Mehrheitssozialdemokratie an die radikale Linke. Wir kommen nicht zu gesunden Verhältnissen, wenn jeder nur an seine Partei denkt, sondern nur, wenn wir uns zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenschließen. Die Reichstagsfraktion hat mir zu dieser Zusammenarbeit ihre Unterstützung zugesagt.

Die Umbildung der preussischen Regierung.

Berlin, 22. Sept. In bezug auf die Umbildung der Regierung will man, wie verlautet, zunächst Preußen den Vortritt lassen, indem man hier die Deutsche Volkspartei und die Sozialdemokraten aufnimmt. Im Reich dagegen wäre, wie erklärt wird, eine Aufnahme der Deutschen Volkspartei vor Lösung gewisser außenpolitischer Fragen nicht zweckmäßig. Stegerwald hat bei Dr. Brüning angefragt, ob er gewillt wäre, das preussische Ministerpräsidium zu übernehmen. Für die Reichsregierung ist dieser Posten zu sandig. Stegerwald selbst hat, wie bereits bei der letzten Regierungsbildung, nachdem er sich nicht einmal als Kandidat für den Posten ausgetreten, die Absicht, ganz aus der Regierung herauszutreten und sich wieder den örtlichen Gewerkschaften zu widmen. Von einer Ausdehnung Stegerwalds aus dem Kabinett kann jedenfalls nicht gesprochen werden. Nach dem „Kokalan.“ wird er nur beim Vorliegen ganz besonderer Notwendigkeiten in der Regierung verbleiben.

Annahme der Steuerresolution in Görlich.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Görlich, 22. Sept. Die Verhandlungen werden um 9 Uhr wieder eröffnet. Die Debatte über Steuerfragen, Wirtschaftspragen, Reichspragen, Aufträge usw. im Ausschuss an den Bericht der Reichstagsfraktion geht weiter.

Frans (Chemnitz) befürwortet einen Antrag betreffend Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts. — Birbes (Saagen) empfiehlt Herbeiführung eines Volksentschlusses zur Erfassung der Goldwerte.

Abg. Keil wendet sich in seinem Schlusswort gegen einen Abänderungsantrag Koch zu seiner Steuerresolution, wonach u. a. Fundamentierung der schwebenden Schuld verlangt wird, da es nicht möglich sei, 25 Milliarden schwebender Schuld in konvertierte Anleihen zu verwandeln.

An der Abstimmung wird

Die Steuerresolution Teil angenommen unter Ablehnung des Antrags Koch. Damit sind die zahlreichen anderen Steueranträge erledigt. Angenommen wird ferner die Resolution Radruck zu den Justizfragen unter Ablehnung des Antrags Mann, der Schulfragen Hellmann (gegen konfessionelle Schule) und die Resolution Georg Schmidt betr. die Ernährungsfragen. Zahlreiche Anträge werden der Fraktion überwiesen. Angenommen werden noch Anträge betr. Sozialisierung der Verbaues und der Elektrizitätswirtschaft, Trennung von Kirche und Staat. Die Anträge über Verrechnung von Pension und zur Abkündigung wurden abgelehnt. Die Anträge betr. Erklärung des 1. Mai und des 9. November als gesetzlichen Feiertagen werden angenommen. Der Antrag Koch betr. Bildung eines Reichskommissariats gegen Verwerthung der Reichstagsfraktion wird mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.

Darauf referierte Hermann Müller über

Die Wirkung des Versailler Friedensvertrages auf die innere und äußere Politik Deutschlands. Einleitend dementierte Müller die Nachrichten Berliner Blätter über eine Umbildung der Reichsregierung, und beschloß es als Schwindel, daß die Sozialdemokratie beschlossenen habe, den Reichskanzler fallen zu lassen, um darauf ihrerseits den Kanzlerposten zu erhalten, während sie den Posten des Reichspräsidenten an das Zentrum abtreten wollten. Ich erkläre, so bemerkte Müller, alle diese Berichte Wort für Wort für unwahr. Die Berliner Presse täte besser, sich mit der Frage zu beschäftigen: Was will und wird der Besitz zahlen, wenn die Steuerreform kommt? Deutschland werde mindestens 50 Jahre an den Folgen des Krieges zu leiden haben. An dem Versailler Frieden hätte noch niemand Freude empfunden, auch die Sieger nicht. Professor Keynes hat darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland zwei Drittel seines ganzen Einkommens zur Erfüllung des Ultimatums hergeben müsse und daß spätestens im August 1922 Deutschland mit seinen Zahlungsmöglichkeiten zu Ende sein werde.

Trotzdem müssen wir die Atempause zur teilweisen

Erfüllung unserer Verpflichtungen benutzen. Das Bürgerium scheint in bezug auf die Devisen-Spekulation nur noch auf ein Ultimatum zu reagieren, sei es ein solches der Entente oder der

Das voraussichtliche bayrische Kabinett.

München, 22. Sept. Die neue Regierung in Bayern wird sich nicht viel von Kabinett Rahr unterscheiden. Es wird als ziemlich sicher angenommen, daß vom Kabinett Rahr wieder zurückkehren werden: von der Bayerischen Volkspartei Kultusminister Rait, Finanzminister Krausnick, Sozialminister Oswald und Staatssekretär des Innern Schweyer, vom Bayerischen Bauernbund Landwirtschaftsminister Hugelhoefer und von der Deutschdemokratischen Partei Handelsminister Hamm. Neben die Bayerische Mittelpartei und die Deutsche Volkspartei aus der Koalition heraus und machen sie die Regierungsbildung nicht mit, dann wird der Posten des Justizministers frei und wird dem Demokraten zufallen. Dann würde auf den früheren Justizminister Dr. Müller-Meinungen zurückgegriffen werden.

Dr. Sieber in Berlin.

Der württembergische Staatspräsident Dr. Sieber ist zu Besprechungen nach Berlin abgereist.

Verchiebung der Sitzung des Ueberwachungs-

Ausschusses.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 22. Sept. Die für morgen anderaumte Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages ist auf Sonnabend vormittag verschoben worden. Der Ausschuss wird sich mit der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten und dann mit den Verhandlungen mit Bayern beschäftigen.

Anhebung der Ueberwachungskommissionen

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Rotterdam, 22. Sept. Die „Times“ meldet aus Paris, daß alle alliierten Kabinette mit Ausnahme Frankreichs sich für die Anhebung der Ueberwachungskommissionen in Deutschland zum 1. Januar ausgesprochen haben.

Rotterdam, 22. Sept. „Latta Express“ meldet aus Brüssel, daß auch die italienische Regierung dem belässigen Vermittlungsverhältnis zur beschleunigten Anhebung der wirtschaftlichen Sanktionen gegen Deutschland zustimmt habe.

Sozialdemokratie. Die oberste politische Frage muß schnellst gelöst werden. Der politische erregene Sozialdemokratie ist es zu denken, daß wir vom Volksweltwism nicht überlistet worden sind. (1) Niemand hat es uns gedankt. Unsere Wirtschaftsverhältnisse zwingen uns, die ganze Welt tot zu konturieren, und schon das sollte zu einer Revision des Ultimatums führen. Normal werden die Verhältnisse so lange nicht, bis Deutschland und Ausland noch nicht wieder in den Weltverkehr eingeschlossen sind. Für die nächste Zeit ist uns keine aktive Außenpolitik möglich. Wäre das deutsche Volk noch kräftig genug, eine Politik der Selbsthilfe zu tragen, dann wäre Oberleitend längst ungeteilt bei Polen. (1) Scharnhorst und Gneisenau hätten 1813 niemals Meere auf die Weine gebracht, wenn sie im Lande herumgerollt wären und großmäulige Reden gehalten hätten. Der Berliner Frontkämpferlag ist inintermittent inzentert worden. Man hat sogar an den „gekronten Diktator“ (1) in Doorn ein Telegramm befehlt, und er telegraphierte zurück, ganz wie früher. Wir haben in die Ueberzeugung, daß dieser „Danz Kart“ verlässlich ist, daß er aber es schade dem deutschen Volk, wenn Tausende der solden Getragenen „Dell Dir im Siegerfranz“ sängen. Die Regimentsfeiern wirken noch auch in den Kontrollveranstellungen, und wir müssen uns diese alberne Soldatenpielerei ernstlich verbitten. So lange der nationalitische Geist sich bei uns breit macht und das Ausland nicht überlegen ist, daß das neue Deutschland innerlich pazifistisch ist, wird es keine Revision des Friedensvertrages geben.

Wir müssen wieder eine starke geschlossene Internationale der Arbeiter haben. Die Hohenzollern gehören der Geschichte an und sollten sich endlich einen nützlichen Beruf wählen. Deutschland kann nur als Republik leben. Eine deutsche Monarchie ist in einem Völkerbunde undenkbar. Der heutige Völkerbund entspricht keineswegs unseren Idealen. Er muß zu einem Weltparlament werden, und vor allem muß man ihn entpolitizieren. (Vehästler Beifall.)
Schluß 1 Uhr. Damit sind die Verhandlungen für heute beendet. Nachmittags findet der Ausflug nach der Landeskrone statt.

Zusammentritt des amerikanischen Kongresses.

Washington, 22. Sept. Der Kongress ist wieder zusammengetreten. Präsident Harding hat ihm den deutschen, den österreichischen und den ungarischen Friedensvertrag überhandt. Senator Lodge, der republikanische Führer, hatte mit Harding eine Besprechung. Dem Vermögen nach wurde vereinbart, die Verträge an den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zu verweisen, dessen Vorsitzender Lodge ist. (W. Z. A.)

Amerika und der Völkerbund.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Genf, 22. Sept. Repräsentanten erklären, daß Präsident Harding nicht mehr an die Schaffung einer neuen Völkervereinbarung denke, weil er sich von der Abrüstungskonferenz große Erfolge verspricht, und man habe im allgemeinen den Eindruck, daß Amerika dem Völkerbund nicht mehr so feindlich gegenübersteht wie vor einem Jahre.

Die Landwirtschaft und die neuen Vermögenssteuern.

Von Dr. Kocliche, Vorsitzender des Reichslandbundes, M. d. R., M. d. V. R., M. d. N.

Der Schwerpunkt der Steuererhebung des Reiches liegt seit geraumer Zeit in der direkten Besteuerung des Einkommens und insbesondere des Vermögens. Erst in zweiter Linie wird der Verbrauch zur Deckung der finanziellen Bedürfnisse des Reiches herangezogen. Dieses Bild bieten uns auch die von der Reichsregierung veröffentlichten neuen Steuerentwürfe. Der Hauptteil des Steuerbusses der Neuerung bilden die Vermögenssteuern zur Besteuerung des Vermögens und des Vermögenszuwachses. Dabei birgt die vorliegende „zweite Auflage“ der Reichsvermögenssteuer dieselbe Tendenz wie die erste vom Jahre 1919. Es wird mit der Besteuerung neben dem Versuch, die finanziellen Bedürfnisse des Reiches zu decken, zugleich die andere Absicht verfolgt, durch die Steuererhebung schrittweise eine Sozialisierung des Eigentums in die Wege zu leiten.

Der Gedanke, die Steuererhebung einer schrittweisen Beteiligung des Privateigentums dienbar zu machen, taucht gleich in den ersten Entwürfen auf, von denen die Öffentlichkeit erfuhr. Die in dieser Richtung sehr weitgehenden Pläne des Reichswirtschaftsministeriums auf Besteuerung der sogenannten „Goldwerte“ schienen freilich vorerst beiseite gestellt zu sein, weil sie, auf völlig imaginären Grundlagen fußend, sich überhaupt nicht als im Ernst diskutabel erweisen. Gold und solche Gegenstände, die den stabilen Wert wie das Gold selbst haben, — kaum Edelsteine und Perlen würden diesem Bearbeiter völlig atsch kommen — können aber nur solche Vermögenswerte darstellen, deren Extrakt auch wirklich in Gold gezahlt wird. Solche Vermögenswerte gibt es aber in Deutschland heute überhaupt nicht. Trotz der Ablehnung dieser Pläne haben aber die innerhalb der Reichsregierung stehenden Stellen den unmittelbaren Sozialisierungsgedanken aus ihren Steuerentwürfen offenbar noch nicht ausgeschaltet. Die Landwirtschaft muß jeden Versuch zur allmählichen Verwirklichung dieses Gedankens unbedingt ablehnen, will sie sich nicht selbst vernichten. Man scheint man den Anfang bei der Industrie machen zu wollen, indem man eine Beteiligung des Reiches an den in Gesellschaftsform betriebenen Unternehmungen durch die sogenannte Kapitalisierung der Körperschaftsteuer herbeiführen sucht. Die Landwirtschaft soll dafür nach den bisher vorliegenden Mitteilungen in der Presse mit einer „abbläbbarer“ Reichsrumthener befallen werden. Der Ausdruck abbläbar läßt vielleicht darauf schließen, daß hier für die Landwirtschaft etwas Ähnliches beabsichtigt ist, wie für die Industrie mit der „Kapitalisierung“ der Körperschaftsteuer. Jeden Versuch, irrendes von Anfang an mit einer verheerenden Sozialisierung zu machen, wird die Landwirtschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln bekämpfen. Sie wird daher auch gegen einen Einkommenwurf zur teilweisen Verstaatlichung des Gewerbes entscheidenden Stellung nehmen, weil nach der Durchführung einer Beteiligung des Reiches an der Industrie unbedingt die Antehaltung des Privateigentums in der Landwirtschaft folgen muß.

Reuendings sucht ein Antrag Wiffell, der im Plenum des Reichswirtschaftsrates verhandelt wird, auf die Besteuerung dieses imaginären phantastischen Goldwertes zurückzugreifen. Seitenblasen, die zerplatzen, wenn man sie berührt! Das Verfolgen solcher Gedanken führt immer mehr in die Verwirrung hinein, aus der das wirtschaftliche Leben bei uns sich herausarbeiten muß, soll es nicht zugrunde gehen.

Schon die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Besteuerung des Vermögens enthalten Bestimmungen, denen offensichtliche Sozialisierungsabsichten innewohnen. Dies ist vor allem bei dem in allen drei Gesetzentwürfen wiederkehrenden Grundtatbestand der Fall, daß das Grund- und Betriebsvermögen nach dem gemeinen Wert veranschlagt werden soll. Diese Vorschrift wird noch dadurch verstärkt, daß die Festsetzung der Bewertungsbasis ganz in die Hände des Revisionsamministers gelegt werden soll. Denn die Festimmung, daß vor dem Erlaß der Bewertungsgrundsätze für den Nototserauschlag die Vertreter der verschiedenen Vermögensgruppen „gehört“ werden sollen, ist nach den bisher mit dieser Methode gemachten Erfahrungen ziemlich wertlos. Wenn der Entwurf des Vermögenssteuergesetzes nicht geändert wird, so wird es in der Praxis darauf hinauslaufen, daß ein der schwankenden Wertverwertung angepaßter sogenannter „Zehner“ alle drei Jahre noch rein fiskalischen Gesichtspunkten neu berechnet werden wird, ohne die tatsächliche Tragfähigkeit der Betriebe dabei zu berücksichtigen. Der Betriebinhaber wird dabei als Privatunternehmer ausschließlich ganz ausgeschlossen; er ist schließlich nur noch der Arbeiter, das die Abgaben für die Kleinrenten aufzubringen hat, bis er davonläßt, aber dem Staat seinen Grundbesitz zum Kaufe anbietet. Dann wäre der Zweck erreicht, das Privateigentum an Grund und Boden zu beklagen.

Die Landwirtschaft muß alles daran setzen, daß diese Bestimmungen der Entwürfe, die ihr direkt das Messer an die Kehle legen, nicht Gesetz werden, sondern daß die landwirtschaftlichen Betriebe mit ihrem tatsächlichen Wert zu den neuen Vermögenssteuern herangezogen werden. Dieser Wert aber ist allein der Ertragswert für das Grundvermögen und der Aufschlags- oder Herstellungswert für das Betriebsvermögen.

Die periodische Uebertragung der Geldentwertung auf das unbewegliche Vermögen führt schließlich zu dessen Aufwertung. Nicht damit wird jedoch das Gleichgewicht in unserem Staatshaushalt hergestellt und nicht durch die immer weitergehende Schaffung neuer Steuern, sondern mit durchgreifenden Maßnahmen zur Steigerung der produktiven Leistungen des gesamten Wirtschaftslebens. Diese Maßnahmen aber liegen zum großen Teil nicht auf dem Gebiete der Steuererhebung.

Bei den vorgelegten Gesetzentwürfen wird, soweit die Besteuerung der Landwirtschaft in Frage kommt, völlig die gewöhnliche Belastung außer acht gelassen, die die Landwirtschaft durch die Besteuerung in den Gemeinden, Kommunalverbänden, in den Provinzen und in den Ländern erfährt.

Diese alle scheinen zurzeit keine andere Mächtigkeit zu haben, ihre finanziellen Bedürfnisse zu decken, als die, den Grundbesitz neben dem Gewerbe und dem Hausbesitz dazu beizutragen. Unter diesen Vorkäufen muß der landwirtschaftliche Betrieb sich ebenfalls zusammenfassen. Das aber bedeutet die größte Gefahr für Deutschland, denn durch die Vertreibung der landwirtschaftlichen Produktion wird dem Reich und der gesamten Bevölkerung der Zugang zu den notwendigen Nahrungsmitteln, hat es aus unserem eigenen Grund und Boden zu gewinnen, aus dem Auslande zu beziehen. Und diese Bekämpfung ist — was nicht erst bewiesen zu werden braucht — auf die Dauer nicht tragbar.

Der größte Fehler, den heute die Steuergegebung macht, ist der, daß sie bei dem Versuch, das Ultimatum durchzuführen, nicht fragt, was kann geleistet werden, sondern verlangt, das muß geleistet werden. Das ist ein logischer und wirtschaftlicher Widerspruch. Denn keine Wirtschaft kann mehr aus sich herausgehen, als ihre Leistungsfähigkeit gestattet. Das „Nein“ bedeutet den Tod.

Eine Katastrophe in der Zigarrenindustrie?

Berlin, 21. Sept. Am 1. Oktober sollen nach einer Bekanntmachung des Reichsfinanzministeriums die vollen Steuererträge für Zigarren in Kraft treten. In der Zigarrenindustrie herrscht Mitleidlichkeit darüber, was nach dem 1. Oktober geschehen soll, da man der Heberausgabe ist, daß eine derartige Steuererhöhung in Verbindung mit dem sicher zu erwartenden gewaltigen Rückgang des Konsums nicht mehr ertragen werden könne. Eine ganze Anzahl kleinerer Betriebe soll geschlossen sein, am 1. Oktober stillzuliegen.

Die Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Berlin, 22. Sept. Heute wird die elektrische Fernbahnstrecke Leipzig—Wittorf in Betrieb genommen. Neben den bereits seit mehreren Jahren in Schlesien im Betrieb befindlichen elektrischen Fernbahnen wird diese mitteldeutsche Fernbahnstrecke neue Erfahrungen für den weiteren elektrischen Ausbau unseres Eisenbahnnetzes zu erbringen haben. Nur den Betrieb gelten besondere Vorkehrungsvorschriften im Winterverkehr.

Die Forderungen der Helgoländer.

Berlin, 22. Sept. Die Helgoländer haben in einer Postversammlung ihre Forderungen anstellt, in denen es heißt: Eigene Finanzverwaltung, wie sie seit Jahrhunderten bestand, eigene Selbstverwaltung, wie sie in der Verfassung garantiert ist, Selbstständigkeit der Amtverwaltung, Unabhängigkeit vom Kreisansatz zu Weidort.

Die Explosionskatastrophe in Oppau.

In der Explosionskatastrophe werden von den Mäthern noch eine Reihe von Einzelheiten berichtet. Der Explosionsherd bildet einen Trichter von 100 Meter Durchmesser und 50 Meter Tiefe. Bis zum Nachmittag wurden 300 Leichen geborgen. Der Explosionsort, das Dorf Oppau, das 6000 Einwohner zählt, ist so weit vernichtet. Die Bewohner sind unter den eingestürzten Häusern begraben, hauptsächlich Kinder, die noch in ihren Betten lagen. Die überlebenden Familien kampieren auf dem Felde. Die auf dem Felde arbeitenden Leute wurden weit fortgeschickelt. Kennzeichnendere Eisenstücke sind Hunderte von Metern fortgeschickelt. Die in der Nähe des Unfallsortes auf dem Rhein liegenden Schiffe wurden schwer beschädigt. Auf 10 am Rhein liegenden französischen Frachtdampfern wurden viele Soldaten verwundet. Das in der Nähe des Unfallsortes befindliche französische Nachkommens ist ein Opfer der Explosion geworden. Alle diese Unfälle in Oppau sind die Ursache der Katastrophe. Das ist also der Augenblick der Explosion.

Einem Bericht der „Post“ ist noch folgendes zu entnehmen:

Vor 8 Uhr machten sich die Arbeiter an dem Unfallsort an der Rheinbrücke nach Oppau zu bewegen. Die Arbeiter kamen von Osten und gingen durch die Brücke nach Westen. In den Straßen sah man noch viele verstreute Leichen. Die Bevölkerung hatte sich eine unzureichende Aufmerksamkeit bemerkt. Als man weiter kam in der Richtung der Rheinbrücke, bemerkte man bereits den ersten Verwundeten. Sie hatten zum Teil blutüberströmte Gesichter, und waren noch nicht verwundet. Dann kamen die ersten schwerverwundeten Verletzten. Teilweise wurden sie schwer verletzt und verletzt. Am Eingang zur Oppauer Eisenbahnfabrik vor sich ein erschreckendes Bild. In einem Augenblick wurden die Verwundeten von Oppau bereits nach dort geschickt. Auch Tote trug man in Bahnen fort. Die von Oppau Zurückgekehrten, dem Unfall Entzogenen waren, auch wenn sie nicht verwundet waren, mit einer Schreckensschicht bedeckt. Sie waren im Arbeitsraum, so wie sie sich von der Unfallschätte lösten konnten. Auf den Verwundeten aller Art wurden die Verwundeten geborgen; die leichten Verwundeten auf Rollwagen, andere auf Krankenwagen und die schwerverwundeten in Sanitätsautos und sonstigen Personenumwägen.

Kunst und Wissenschaft.

* * Mitteilung der Staatstheater, Opernhaus, Sonnabend, 21. September 1921: „L'Esca“, Intellektuelle Oper in 3 Akten, von Maurice Strakosky; Libretto: Enzo Petrucci; Musik: Arthur Honegger; Musikalische Leitung: Fritz Meiner; Spielleitung: Georg Hartmann.

* * Schopenhauer-Gesellschaft. Zur den Worten Dr. Waldemar Staeckmanns (Morgen, Freitag, abends 8 Uhr im Künstlerhaus), der Schopenhauer als Dichter, Philosoph und Künstler zur Geltung bringen wird, und an der Abendkasse noch Eintrittskarten erhältlich.

* * Eine städtische Schauspielschule in Leipzig. Um jungen Talenten einen fortgeschrittenen Schauspielunterricht angedeihen zu lassen, hat Professor Wundt vor drei Jahren dramatische Schauspielschule eingerichtet. Auf Anregung der Intendanten soll nunmehr diese Schauspielschule in eine städtische Schauspielschule umgewandelt werden, in Stange, wie sie ähnlich verfahrenen anderen Bühnen angegliedert ist. Diese städtische Schauspielschule wird unter der Oberaufsicht des Schauspielers Dr. Sponner stehen. Die Leitung behält bis auf weiteres Professor Wundt. Die Schülerzahl soll auf höchstens 30 beschränkt bleiben. Den Schülern der Schauspielschule soll Gelegenheit gegeben werden, in Proben und Vorstellungen an den städtischen Bühnen als Statisten und in humoren oder kleinen Rollen mitzuwirken und für das städtische Schauspiel gegebenenfalls aus der Schule heraus geeignete gute Kräfte verpflichtet werden. — Die Solomitslieder der städtischen Theater haben an den Rat der Stadt die Forderung auf Erhöhung ihrer Bezüge gestellt. Da der Rat den Wunsch hat, die künstlerische Höhe der Theater nicht herabzusetzen, hat er beschlossen, die Gehälter der Solomitslieder zu erhöhen, und zwar mit Wirkung vom 1. April 1921 ab.

* * Mary Wigmans Tanzdichtung. Unter der Leitung der Verfasserin findet im September im Opernhaus zu Frankfurt a. M. die Aufführung der musikalischen Tanzdichtung „Die sieben Tände des Lebens“ von Mary Wigmans statt. Die Musik stammt von Dr. Heinz Pringsheim, der zurzeit noch mit der Fertigstellung der Partitur beschäftigt ist.

* * Der Berliner Domchor auf Reisen. Aus Baden-Baden wird uns geschrieben: In einer Sonntagmorgen-Besprechung schaltete sich ein Konzert des Berliner Hof- und Domchors unter Leitung von Prof. Hugo Hubel, 74 Jahre, immaen etwa 40 bis 50 Knabenstimmen, unterliegt

Belleid der Reichsregierung.

Berlin, 22. Sept. Der Reichspräsident richtete an die Regierung in Speyer das nachfolgende Telegramm: „Tieferschmerz durch die Nachricht vom katastrophalen Unglück in den Oppauer Werken, spreche ich den bedauernswerten Hinterbliebenen der getöteten Arbeiter und Angehörigen meine herzlichste Teilnahme aus. Ich hoffe, daß es ärztlicher Hilfe und Pflege gelinge, die so zahlreichen Verletzten, denen ich in aufrichtigem Mitleid bedene, zu retten. Der materiellen Notlage der von dieser schweren Katastrophe Betroffenen vorzubeugen, wird dringende Aufgabe der Reichs- und Staatsbehörden und der menschenfreundlichen Hilfe der Volksgenossen sein.“

Der Reichskanzler hat im Namen der Reichsregierung an die badische Staatsregierung, an den Regierungspräsidenten in Speyer und an die Stadt Mannheim, anlässlich des schweren Explosionsunglücks in Oppau, Belleidstelegramme gerichtet.

Der Reichspräsident hat den Reichskanzler, mit künftiger Verschleppung eine Hilfsaktion für die Opfer der Katastrophe in die Wege zu leiten.

München, 22. Sept. Der bairische Landtag hat im weiteren Verlauf seiner gestrigen Sitzung Dringlichkeitsanträge auf Einleitung einer Hilfsaktion für die von der Explosionskatastrophe in Oppau betroffenen und Einleitung einer Untersuchungskommission zur möglichst raschen Aufklärung der Ursache der Explosion einstimmig angenommen.

Hilfe für die Hinterbliebenen.

(Eigener Drahtbericht der Dresden. Nachrichten.) Berlin, 22. September. Der Reichsarbeitsminister Dr. Braun begibt sich nach dem Schauplatz der Katastrophe von Oppau um mit den bairischen Stellen über eine sofort einzuleitende Hilfsaktion sich zu verständigen. Das Reichsministerium beschäftigt sich heute mit der Katastrophe, wahrscheinlich wird eine größere Summe für die Hinterbliebenen der Opfer zur Verfügung gestellt werden.

Mainz, 22. Sept. Wie mitgeteilt wird, ließ der französische Vizekonsul in den Rheinlanden, Tirard, den Arbeitervereinigungen in Oppau als erste Beihilfe für die Familien der Opfer des Unglücks in Oppau 75000 Mk. überreichen.

Vermutungen über die Ursachen des Unglücks.

Frankfurt a. M., 22. Sept. Der „Frankf. Sta.“ zufolge wird entgegen der Mitteilung der Direktion der Amalfabrik zu Oppau von anderer Seite behauptet, daß das Unglück auf einen Heberdruck eines Gasometers zurückzuführen sei. Durch die ausströmenden Gase ist die Dampfer Tote teilweise verkohlt. Die Leichen sind zum Teil furchbar aufgedunsen, so daß nur an Hand der Ausweisepapiere ihre Personalien festzustellen konnten.

Kudwigshafen, 22. Sept. Ueber die Entstehung der Ursache schwanken die Aussagen der bereicherten Arbeiter. Nach Angabe der überlebenden Arbeiter der Wasserwerke haben sie kurz vor der Explosion ein kleines dünnes Rauchwolken aus der sogenannten Umfassungs- und dem Ammoniumsulfatlagern aufsteigen. In wenigen Sekunden nach dem die Dampfer in die Luft. Nach neuerlichen Befragungen glaubt man nicht, daß die Zahl der Toten 250 übersteigt.

Weiter liegen folgende Meldungen vor:

Mannheim, 22. Sept. Wie die Oppauer Polizei-Direction mitteilt, wurden bis in die späten Nachmittagsstunden 300 Leichen geborgen. Ueber die Anzahl der Verwundeten konnten nähere Angaben bisher nicht gemacht werden, da sich der weitaus größte Teil der Arbeiter, der allfälligerweise mit leichten Verletzungen davongekommen ist, sofort nach dem Unglück nach Hause begab, während die schwerer Verwundeten durch zahlreiche Frachtwagen nach allen Richtungen in die umliegenden Dörfer und Krankenhäuser geschafft wurden. — Die „Neue Badische Landeszeitung“ bezeichnet das umlaufende Gerücht, das von zwei Tausend Toten spricht, als weitaus übertrieben. Bisher war es der Direktion der Oppauer Amal- und Sodafabrik nicht möglich, authentische Angaben zu machen. Das Man reagiert zu Sammlungen für die Oppauer Kinder hinsichtlich der Belleiden an. Die auf dem Rande in unmittelbarer Nähe der Unfallschätte arbeitenden Feldarbeiter sind herzlich mitleidig. Man vermutet unter den Trümmern des Werkes noch etwa hundert Tote. Auch unter den Trümmern der Oppauer Häuser sind noch Tote und Verwundete anzunehmen. Groß ist die Zahl der verwundeten Kinder von Oppau. In den Nachmittagsstunden wurde die Absperrung der Unfallschätte verstärkt. Am Laufe des heutigen Tages wird diese teilweise von französischen Truppen übernommen werden.

Mannheim, 22. Sept. Für den eigentlichen Explosionsherd rechnet die Verkehrsdirection nur mit 150 Todesopfern, aber in der zu dreiweiliger Zeit der Schiffahrt Oppau sind zahlreiche Personen getötet worden, ebenso sind entzweifelter Tote. In Oppau sind drei Tote und 200 meist schwerverletzte Verletzte.

Paris, 22. Sept. Aus Oppau wird gemeldet: General Deganne begibt sich sofort nach Bekanntwerden der Oppauer Katastrophe nach der Unfallschätte, um sich von der Beteiligung der französischen Truppen an der Hilfsorganisation zu überzeugen. Der französische Oberkommissar für die besetzten Gebiete, Tirard, begibt sich ebenfalls nach Oppau.

Verliches und Sächliches.

Dresden, 22. September

Bürgermeister Dr. Mans Bestattung.

An der Halle der Städtischen Feuerbestattungsanstalt hatte sich heute, Donnerstag, mittags am Tode des Bürgermeisters Dr. Mans ein überaus zahlreicher Trauergemeinde versammelt, um dem unter so irrealen Umständen Beschorgenen die letzte Ehre zu erwiesen. Eine fast unbeschreibliche Halle wunderbarer Blumenkränze war vor und über dem Sarge ausgebreitet. Inmitten der Farbenpracht lag ein Sarg mit der goldenen Amtsflecke des Bürgermeisters und den Orden und Ehrenzeichen. Man sah eine hohe Nachhermal mit Wästelchen weissen Ehrenkleidchen von der Stadt Dresden, einen Kranz aus verschiedenen Dähnen von den Ratmitgliedern und einen Ehrenkranz vom Stadterordnetenkollegium, alle drei geschmückt mit den schwarz-goldenen Farben der Stadt. In der Trauerversammlung gewährte man wohlvollständig die Mitglieder des Rates, an der Spitze Oberbürgermeister Müller und Vizebürgermeister Dr. Kreibitz, mit ihren Familien, ferner viele Mitglieder des Stadterordnetenkollegiums mit Vorherer Räte und Vizebürgermeister, ehemalige Mitglieder beider städtischen Körperschaften in großer Zahl und viele Beamte, besonders von der Wohlfahrtskommission. Weiter waren anwesend: Staatsminister a. D. Dr. v. Beck, Kreisbauratmann Dr. Krug v. Riddo und v. Hallenstein, Ministerialdirektor Dr. Schulze, Oberbürgermeister Dr. Streit vom Ministerium des Innern, Vertreter der Gewerkschaften und anderer Körperschaften und Vereine, denen Bürgermeister Dr. Mans nahegestanden hatte. Nach Orgelvorspiel trug die Gesangsabteilung des Vereins der Wohlfahrtskommission das weihnachtliche Lied „Aber den Stern“, von Fleming, vor, worauf Pfarrrat v. Dr. Wasmuth von der Christuskirche die Gedächtnisrede hielt unter Zugrundelegung des Schriftwortes aus dem 11. Psalm: „Meine Zeit steht in deinen Händen“. Mit erregenden Worten schilderte er das tragische Geschick des Heimgegangenen, das ihn am Tage nach seiner Jubelfeier im Dienste der Stadt getroffen hat. Der Heimgegangene habe sich bemüht, so zu leben, daß jeder Tag sein letzter werden konnte. Maßlose Arbeit sei der Inhalt des nun vollendeten Lebens gewesen. Der Verlebte habe sich aufgeopfert für seine Familie und für die Allgemeinheit. Er sei eine Persönlichkeit von eigenartigem Gepräge gewesen, besetzt von tiefer Liebe zum Vaterlande. Der Quell seiner Kraft und seiner reichen Menschlichkeit aber habe in seinem Gottesglauben gelegen. — Im Namen der Stadt und der städtischen Körperschaften sprach Oberbürgermeister Müller dem Heimgegangenen den Dank für alles das aus, was er in dreißigjähriger Tätigkeit, zuerst als Referendar und als Referent, und dann 24 Jahre lang als Ratmitglied, am 1. April 1908 in der besonderen Ehrenstellung als Bürgermeister, für die Stadt geleistet und geleistet habe. Dem Verlebten sei eine solche Aufopferung und ein praktischer Blick für das Zweckmäßige und Durchführbare eigen gewesen, aber das Kennzeichnende an ihm sei doch gewesen seine vorbildliche Treue und seine Dinge an das Amt. Mit hervorragenden geistigen Eigenschaften habe er eine große Herzensgröße und ein großes Wohlwollen vereinigt. Sein Tod habe in den Kreisen der Stadtverwaltung eine Wunde gerissen, die ausfüllen nicht leicht sein werde. Vaudirektor Stadterordneter Dertel widmete im Namen der Ortsgruppe Dresden des Bundes Sächsischer Gemeindebeamten dem Verlebten herzliche Worte des Dankes. Sein vorbildliches Wirken werde in der Beamtenchaft fortleben. Im Auftrag der Beamten der Wohlfahrtskommission und der Beamten aller Ämter, die dem Verlebten unterstellt waren, dankte Oberkommissar Birkbaum für die treue Führerschaft während der langen Kriegs- und Dienstjahre, für die wohlwollende Fürsorge, die der Entlassene dem Beamten jederzeit habe angedeihen lassen. Sein Beispiel an Pflichttreue und nimmermüder Arbeitskraft werde der Beamtenchaft immer vorleuchten. — Als der Gedächtnisrede und Segen gesprochen hatte, entstand der Sarg bei feierlichen Orgeltönen den Blicken der Trauerversammlung. Eine Danzvolle Blumen war der letzte Gruß für den Heimgegangenen, dessen Wirken unvergessen bleiben wird in der Geschichte der Dresdner Stadtverwaltung.

Ein Strafverfahren gegen Minister Fleißner wegen Aufreizung zu Gewalttaten.

Wie wir schon berichtet haben, hat der sächsische unabhängige Unterrichtsminister Fleißner in einer am 20. August in Dresden abgehaltenen Versammlung vor Mitgliedern seiner Partei ausgedehnt, daß sich diese darauf einstellen müßten, Gewaltmaßnahmen anzuwenden. Diese Ausführungen haben nunmehr die Staatsanwaltschaft veranlaßt, auf Grund des § 110 des St. G. (Aufreizung zu Gewalt) ein Strafverfahren gegen den Minister Fleißner einzuleiten, in dessen Verlauf bereits einige Vernehmungen stattgefunden haben.

* * Stadterordnetenvorsteher Rinkes Nachfolger Dr. Mans? Wie die „Zsch.“-Woh. Korrespondenz erfährt, besteht die Absicht, zur Wahl des 3. Bürgermeisters anstelle des verstorbenen Dr. Mans den bisherigen Stadterordnetenvorsteher und Schriftleiter der „Dresdner Volkszeitung“,

Das Jubiläum eines Planeten.

Am 23. September sind 75 Jahre verlossen, seit Galilei auf der Berliner Sternwarte am Endeplatz den Planeten Neptun entdeckt hat. Diese Auffindung des vorherigen der bisher bekannten Planeten wird für alle Zeiten eine der größten Ruhmesleistungen der mathematischen Astronomie bleiben, war doch die Erkennung des Weltbaus schon vor seiner visuellen Beobachtung rechnerisch ermittelt worden. So wurde der Nachweis von dem Vorhandensein des Planeten gewissermaßen der Schlüssel zum Weltgebäude, das Kopernikus, Kepler und Galilei errichtet, und dessen unerwartete Unerschöpflichkeit der große Newton durch seine Gravitationstheorie bewiesen hatte. Allerdings war Galilei nicht der geistige Vater jener an seinen Namen geknüpften großen Entdeckung. Geniale Hölle, Bessel, Adams und Leverrier, hatten mit seiner Entdeckung und gestützt auf die unumstößliche Beweiskraft der Zahl die Theorie aufgestellt, daß mit dem Planeten Uranus, den Wilhelm Herchel im Jahre 1781 entdeckt hatte, unser Sonnensystem nicht endgültig begrenzt sein könne. Denn nachdem man seit seiner Entdeckung den Uranus etwa auf der Hälfte seiner Bahn verfolgt hatte, war es nicht zu verkennen, daß die bekannten Anziehungskräfte der Sonne und der übrigen Körper ihres Systems nicht ausreichten, die Bewegung des Uranus in seiner Bahn so genau in mathematische Gesetze zu bringen, wie das für alle übrigen Bewegungen der Planeten längst gelungen war. Bessel, der Königsberger Astronom, war der erste, der dem Gedankens Ausdruck gab, es müsse sich jenseits der Uranusbahn noch ein Planet finden, und dessen Gedankenflug so früh war, aus den Störungen in der Bahn des Uranus Schlüsse auf die Stellung dieses unbekannten Planeten am Himmel zu ziehen. Adams in Cambridge und Leverrier in Paris, zwei jüngere Astronomen, machten sich im Jahre 1846 voller Eifer an die Arbeit, um die Stellung des problematischen Planeten zu ermitteln. Wie das häufig so recht, hatte Adams in seinen in Cambridge vorgenommenen Himmelsbeobachtungen den gesuchten Planeten bereits vermisst, und nur die Fülle des Beobachtungsmaterials hatte es verhindert, daß durch die Vergleichen der verschiedenen Aufnahmen das gesuchte Objekt erkannt wurde. So aber ward der Ruhm, einen neuen Stern errechnet und zum ersten Male gesehen zu haben, Leverrier und Galilei anteil.

Der Pariser Astronom hatte selbst keine Beobachtungen angefertigt; aber das Ergebnis seiner Berechnungen lag vor, und es lag deshalb für ihn nahe, sich nach Berlin zu wenden,

von 16 Herren, vermittelten mit Gesängen alter und neuer Meister höchste jubelnde Kunst, denen sich der Pianist Wilhelm Kempff aus Berlin anfügte, indem er mit Proben aus Bachs „Wohltemperiertem Klavier“ sich als hervorragender Vach-Interpret erweist.

* * Der Allgemeine Deutsche Musikerkalender ist für das Jahr 1922 wieder im Verlag Richard Stern zu Berlin erschienen. Er zerfällt in ein handliches Notizbuch und das erstklassig umfangreiche Musiker-Adressbuch, das mit großer Sorgfalt weiter verbessert und auf den Stand der Zeit gebracht erscheint. So wird das ausgezeichnete Nachschlagewerk auch in neuen Gewande der Musikwelt wieder die bekannten wertvollen Dienste leisten können.

* * Hauptmann-Feier in Breslau. Der Breslauer Magistrat beschloß, sich an dem Garantiefonds zur Veranstaltung der Gerhart Hauptmann-Gedächtnisfeier mit hunderttausend Mark zu beteiligen.

* * Der Wiener Bühnenspieler Otto Trechler begibt das Jubiläum seiner jährlichen Zugehörigkeit zum Bürgertheater. Als Charakterdarsteller im klassischen und modernen Drama wie als Regisseur hat er bedeutende Leistungen aufzuweisen.

* * Chronik-Manuskript. Der Gemeinde Wien wurde von dem Schriftsteller Peter Sturmloch eine größere Anzahl von Chronik-Manuskripten, die auf das Wiener Theater Bezug haben, um den Preis von 1 Million Kronen zum Kauf angeboten.

* * Ein heiterer Zwischenfall im Theater. Am Berliner Theaters-Theater, das gegenwärtig das Drama „Barnabas Rufschilling“ aufführt, ereignete sich an einem der letzten Abende folgender Zwischenfall: Am vierten Akt, der teilweise im Publikum spielt, wurde der die Aufsicht führende Stowmann von dem Herrn und der Urstufe, die sich in diesem Akt im Zuschauerraum von seinen Darstellern erhob, so überrascht, daß er glaubte, diese Komödie innerhalb des Publikums wäre Ernst. Er sprach, als die Urstufe begann, in großer Erregung von seinem Denkplatz aus, daß er sich erachtete den Takt auf den Kopf und rief, wahrscheinlich durch das laute Organ seines Freundeskollegen, der in dem Stück im Publikum einen englischen Komiker gibt und der „Nabe im Namen des Geistes!“ zu rufen hat, veranlaßt, aus Leibeskraft mit. Er war dann im Begriff, mit großen Schritten auf den Rang zu eilen, wahrscheinlich, um die dortigen Zuschauer zu fixieren, bis ihn die Direktion über seinen Irrtum aufklärte. Er war ganz erhornt, lachte aber schließlich herzlich mit.

1844 etc. zu wählen. Pöhlke war bekenntlich früher auch
sächsischer Finanzminister.
- **Verein Kinderhort.** Häufig wird in unseren Tagen
über die Verwahrloshung, Vernachlässigung und Unbotmäßigkeit
unserer Schuljugend geklagt, und zwar darüber, dass in
Dresden so wenig geschieht. Der Verein Kinderhort allein
unterhält 19 Horte in allen Stadtteilen Dresdens. Er hat
im Jahre 1900 840 schulpflichtige Kinder an 418 Orten
während des Nachmittags von der Schule herein in seine
Horte geholt. Treue, tüchtige Horterinnen haben dort ihre
Schularbeiten überwacht, sie angelesen, beschriftet, haben
mit ihnen gespielt, sind mit ihnen gewandert. Die Kinder
haben an 150000 Verpflegungswörtern warmen Besess erhalten.
Stille, aufopfernde Arbeit ist dabei geleistet worden, niemand
sieht sie, niemand redet von ihr. Und doch ist sie außerordentlich
wertvoll für unsere Stadt, für unser Volk. Manches
willensschwache Kind ist vor der Fürsorgeerziehung bewahrt
und ihren Eltern und der Stadt sind hohe Abgaben erspart
geblieben. Vor dem Kriege hat der Verein seine Anhalten
zum Teil aus eigenen Mitteln unterhalten, er hat aber während
des Krieges den größten Teil seines Vermögens für das Vaterland
opfernd verwendet und ist nun auf eine wesentlich höhere
bedürftliche Unterstützung angewiesen. Die hohen Anforderungen,
die heute von allen Seiten an die Stadt gerichtet werden,
ist es dem Rate nur möglich, so viel zu geben, als unbedingt
benötigt wird. Für Ausgestaltung der Horte, für besondere
Anwendungen zwecks angemessener Unterhaltung und
Beschäftigung der Kinder, für die wirtschaftliche
Verbesserung der Anhaltstellen kann der Verein aus eigenen
Mitteln zur Zeit leider nicht viel tun und doch möchte er
sehr gern leisten. Er möchte die Horte in weiten im Sinne
berechtigter, neuerlicher Forderungen umschichten, möchte die
Verpflegung der Kinder sehr verbessern, endlich auch die
Hortleiterinnen so stellen, wie es ihrer schweren und
bedeutenden Arbeit entspricht. Er erbitet dazu die Hilfe
aller, denen das Wohl unserer Kinder am Herzen liegt.
Wer helfen will, wolle die Mitgliedschaft der Vereins
erwerben oder diesem einen einmaligen Beitrag aufkommen
lassen. Anmeldungen und Beiträge nimmt entgegen die
Geschäftsstelle des Vereins Kinderhort, Georg-Platz 1, 2.
Vorübergehend des Vereins ist auch Herr Sanitätsrat
Dr. med. Carl Baron, Oberarzt der inneren Abteilung
des Maria-Anna-Kinderhospitals, Königsbrüder Straße 2.
- **Der Landesausflug für Jugendpflege im Freistaat**
Sachsen teilt mit: Der Freiburger Jugendpflegeverband
hat die Errichtung eines Jugendheims als Ehren- und einmal
für die im Weltkrieg gefallenen Söhne Freiburger beschlossen.
An anderen Orten plant man Streifzüge, Jugendberge
und dergleichen durch solche Besichtigungen zu schaffen.
Man glaubt, das Andenken der Gefallenen am besten
dadurch zu ehren, dass man die durch ihren Tod entstandenen
Lücken mit einer Jugend auszufüllen sucht, die geistig
und leiblich gesund und hart genug ist, um dem Volke
aus seinem Zusammenbruch wieder emporzuhelfen.
- **Eine Ehrenrettung deutscher Offiziere.** Aus Viena
wird uns vom Rechtsanwalt und Notar Späth mitgeteilt,
dass die Privatklage von Hunderten von Offizieren gegen
den Wiener Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs wegen
seiner Veröffentlichungen, beim Eintritte in Belgien habe
jede deutsche Offizier fast ohne Ausnahme gelassen,
zum Abschluss gelangt ist. Das auf eine empfindliche
Strafe lautende Urteil des Schöffengerichtes ist vom
Landesgericht bestätigt worden. Die dagegen beim
Oberlandesgericht eingelegte Berufung hat der
Anwalt gewonnen. Seine Berufung ist damit rechtskräftig
geworden.
- **Die Geschäftsstelle des Sächsischen Landesvereins
vom Roten Kreuz** befindet sich ab 21. September
Dresden-Altstadt, Carlstraße 18, 1.
- **Die goldene Hochzeit** feiert am 24. d. M. der
Gartenarbeiter Leuchter, Nicolaistraße 11, 4., mit
seiner Ehefrau. Der silberne Jubiläum ist noch als
Arbeiter im Großen Garten tätig und verehrt
seit mehr als 25 Jahren das Amt als Vorstandsmitglied
im evangelischen Arbeiterverein Dresden-O. Die
Einführung des Jubelpaars findet Sonntag
nachmittags 3 Uhr in der Andreasstraße
statt.
- **Kraubüberfall.** Am Sonntag, den 18. September,
ist auf der Radeberger- Ecke Radebrunnstraße ein
dickes Dienstmädchen von zwei Unbekannten, die dort
auf einer Bank saßen, angefallen und ihres
Wandeltasche mit 30 Mark Inhalt, das sie in der
äußeren Manteltasche trug, beraubt worden. Die Täter,
die nach Verhaftung des Raubers landwärts die
Richterin ergriffen haben, werden wie folgt
beschrieben: Der eine etwa 25 Jahre alt,
105 bis 120 Zentimeter groß, kräftig,
schweißteiles Haar, trug dunkle
Jackettjacke; der zweite etwa 22 Jahre alt,
100 Zentimeter groß, Haare ebenfalls
schweißteiles, trug dunkle Jackettjacke
und Schallerjacke. Beide Personen
waren ohne Kopfbedeckung. Bei
Angelegenheiten über die beiden
Räuber machen kann, wird nach der
Kriminalpolizei gebeten.
- **Ueber die Verhaftung des
Sportkonzernhabers Willi Lampe** in
Charlottenburg, die wir im
Mitwoch-Rosenblatt meldeten,
teilt uns der hiesige Generalvertreter
folgendes mit: „Nach vier
Wochen lang Generalvertreter
der Firma Lampe, nahm aber
seit Mitte August keine
Einschlüsse mehr an, weil ich
nicht sagte, dass die
Konzepte nicht erwidert sein
konnten, nachdem einer nach
dem anderen fraden aua. Am
Sonntag nun las ich in einer

hiesigen Zeitung, dass Lampe seine
Nachkommen einsehelt habe und
Mittag sei. Nur Wahrung der
Interessen meiner etwa 100
Einwohler stua ich sofort zur
hiesigen Kriminalpolizei, um mich
wegen der einzuholenden Schritte
informieren und beraten zu lassen.
Auf Grund dieser Vernehmung
wurde ich Montag früh nach
Berlin, um Lampe aufzusuchen.
Nachdem ich ihn vergeblich in
Charlottenburg und Doppelgarten
suchen konnte, beobachtete ich
über 20 Stunden ein Abteilungsquartier
an der Stralauer Brücke in Berlin.
Hier gelang es mir dann nach
langen Partien, das Reich Lampe
auszufindeln. Vor der Tür hielt
ein Mietwagen, welches einen
Nachläufer von 1000 Mark
Miete täglich zur Verfügung
hatte. Lampe hielt sich Nr. 9,
Dof. 1, Stod, unangekündigt
verborgen. Ich fuhr sofort zum
Polizeipräsidium und traug dem
außenbüchlichen Beamten die
Angelegenheit vor. Der diensthabende
Polizeikommissar erkundigte sich
in Charlottenburg bei der
Revierpolizei und stellte mir,
nachdem meine Angaben bestätigt
waren, bereitwillig drei Beamte zur
Verfügung. Mit diesen Herren
fuhr ich mittelst Auto wieder zur
Stralauer Brücke zurück und wir
suchten gerade noch rechtzeitig an,
als das erwähnte Auto mit
Lampes Koffer davon fuhr. Lampe
hielt sich noch in seinem Versteck
auf und konnte sofort verhaftet
werden.“
- **Ein Zusammenstoß des Kaiser-Ringens**
dritte und der in der
Torbühnenstraße 25, 2, wohnhafte
Kaufmann Paul Hugo Störk
mit dem hiesigen Konzernhaber
Gustav Walter Störk nicht identisch
ist.
- **Einbrüche.** In der Nacht zum
21. September sind aus einem
Schuhwarengeschäft in der
Kilowalstraße 42 Paar
seiner Damen- und Herrenschuhe
gestohlen worden. Zur
Verhütung der Diebstähle wurde
die Diebe bis hoch braune
Pappartion, etwa 60 x 40 x 15
Zentimeter groß, aus denen mit
Wasserschiff die Worte
„Mittelschule“, „Damen-
schule“ und „Herrenschule“
herausgehoben sind, benutzt.
Der Diebstahl wurde durch die
Wiederherstellung der Sachen
eine hohe Belohnung ausgesetzt.
- **Bei einem weiteren Einbruch**
am 20. September um
10 Uhr nachmittags in einem
Bauwerk der Schützenstraße
sind 1000 Pfund in Gold- und
Silbermünzen, 4000 Pfund
Silbergeld in fünf-, drei- und
einfünftaler und fünfzigpfennigen
und 6000 Pfund Papiergeld,
sowie ein Bankbuch auf
Max F. H. Leubner, und zwei
Sparkassenscheine der hiesigen
Städtischen Sparkasse, auf
Max F. H. Leubner, entwendet.
Die Sparkasse ist inzwischen
am 21. September in der
Höhe des Diebstahls ergründet
und des Inhalts herauf
aufgefunden worden. Wer
Angaben über die Täter oder
den Verbleib des gestohlenen
Gutes machen kann, wird nach
der Kriminalpolizei gebeten.
- **Schwerer Mordfall.** In der
verlorenen Nacht gegen
3/2 Uhr rante der am
Vollst. - Platz wohnhafte 45
Jährige Arbeiter Paul
Schäfer mit seinem
Blut, das er auf das
Pflaster geschoß und
bewusstlos zu Boden
wurde. Er fand keine
erste Hilfe in der
nahen Sanitätskassette.
An dem Verunglückten wurde
eine 12 Zentimeter lange
Krankeunde und Schädelbruch
festgestellt. Er wurde nach
dem Krankenhaus Friedrichsberg
gebracht.
- **Die Feuerwerk** wurde
am 21. September, abends
10 Uhr nach Schützenstraße
34, durch den in
Vaderbaum des 2. Obergeschosses
im Vordergebäude ein
Aushängen und Balkenbrand
insolte schwabsthaften
Bedeckens entstanden war.

Wetterlage in Europa am 22. September, 7 Uhr früh.

Stations-	Richtung	Wetter	Temp.	Wind	Stations-	Richtung	Wetter	Temp.	Wind
Name	des		in	geschw.	Name	des		in	geschw.
	Windes		Grad.	Stunde		Windes		Grad.	Stunde
Berlin	W	bed. bis	+14	14	Magdeburg	NW	Regen	+11	10
Frankfurt	NW	bed.	+13	13	Leipzig	NW	bed.	+11	11
Dresden	O	bed.	+12	12	Hannover	SW	bed.	+9	7
Breslau	OSO	wolkig	+9	9	München	O	bed.	+12	12
Triest	WNW	wolkig	+14	14	Wien	O	bed.	+15	15
München	WNW	wolkig	+14	14	Wien	O	bed.	+15	15

Wettertelegramme aus Sachsen, 22. September, 7 Uhr früh.

Station	Temp. über	Temp. in	Wind	Temp.	Wetter	
über	2 m	10 m	geschw.	über		
9. H.	Grad.	Grad.	Stunde	2 m		
Dresden	11.0	+6.5	+20.7	0.1	+11.2	bed. bis
Leipzig	11.0	+5.0	+21.0	0.1	+11.7	wolkig, trocken
Chemnitz	11.0	+5.0	+20.8	0.1	+12.2	bed. bis
Freiberg	11.0	+5.0	+20.8	0.1	+12.4	bed. bis
Walden	11.0	+5.0	+20.8	0.1	+12.4	bed. bis
Walden	11.0	+5.0	+20.8	0.1	+12.4	bed. bis
Walden	11.0	+5.0	+20.8	0.1	+12.4	bed. bis
Walden	11.0	+5.0	+20.8	0.1	+12.4	bed. bis
Walden	11.0	+5.0	+20.8	0.1	+12.4	bed. bis
Walden	11.0	+5.0	+20.8	0.1	+12.4	bed. bis

Wetter-Ausicht für Freitag, den 23. September.

Zwische wachsende Winde; trocken und meist heiter; harte Temperaturzunahme; im Gebirge Nebel.

Wasserstand der Elbe und ihrer Zuflüsse.

Station	Stand	Max.	Min.	Wind	Wetter				
21. Septemb.	- 36	- 75	- 25	- 71	- 92	+ 25	+ 53	- 58	- 24
22. Septemb.	- 36	- 76	- 0	- 64	- 93	+ 30	+ 52	- 75	- 29

Börse- und Handelsteil.

Aus der Tätigkeit der Dresdner Handelskammer.

Bei der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden wurde beantragt, die während des Transportarbeiterstreiks bezahlten Lagergelder den Firmen auf Erhalten zurückzugeben, da sie infolge des Streiks gar nicht in der Lage waren, die Sendungen schnell abholen zu lassen. In einem Bericht an die Kreisbauernschaft Dresden wurde für die Einführung des Bedürfnisnachweises für Wandergewerbetreibende und Wandergewerbetreibende, sowie für eine strengere Überwachung der letzteren eingetreten. Der Handelskammer Leipzig wurde als Vorort der sächsischen Handelskammer mitgeteilt, daß von den beteiligten Kreisen des hiesigen Kammerbezirks die Errichtung eines Reichsausschusses für das Papierfach abgelehnt wurde. Weiter wurde dem Vorort berichtet, daß kein Bedürfnis nach einer Berufungssitzung über den Schiedsgerichten für Strompreise im Kammerbezirk vorliege. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat der Kammer von einem Schreiben des Reichswirtschaftsministers Kenntnis gegeben, daß er von seiner Verfügung, außerhalb Berlins ständige Senate oder Wirtschaftskammern des Reichswirtschaftsgerichts zu errichten, vorerst keinen Gebrauch machen werde.

*** Die Börsen von Dresden, Berlin und Leipzig bleiben heute geschlossen.**

*** Aktien-Gesellschaft für Kartonnagenindustrie in Dresden-Vohla.** In der heutigen ordentlichen Hauptversammlung, in der Herr Justizrat Dr. Felix Bondi den Vorsitz führte und in der 15 Aktionäre 1428 Stimmen vertreteten, wurde in glatter Entscheidung die Dividende auf 20% für die Stammaktien, 10% Bonus für die Stammaktien und auf 6% Dividende für die Vorzugsaktien festgelegt, sowie die ausstehenden Aufsichtsratsmitglieder Herr Geh. Kommerzienrat Gustav v. Klempner und Rentier Julius v. Grabs, Dresden, zurückerneuert. Dem Geschäftsbericht ergänzte Herr Direktor Ralph v. Klempner durch folgenden: Die Eintragung der neuen Aktien-Gesellschaft in das Handelsregister ist inzwischen am 23. August d. J. erfolgt. Seit Abschluß des vorliegenden Geschäftsberichtes hat sich der Auftragsbestand in allen Zweigen des Unternehmens durchwegs erhöht. Tagungen haben die Preise der notwendigen Rohmaterialien im allgemeinen wieder an. Der gegenwärtige Streik hat die Auslieferung der Metallarbeiten im Bezirk Dresden erstreckt sich auf unsere Maschinenbaubetriebe Weitzen und das Blechfabrikgeschäft Weitzen. Im neuen Geschäftsjahre haben wir durch Aktienübernahme an zwei absterbenden und hohenrenden Gesellschaften verwandter Branchen in größerem Umfang dauernd Interesse genommen und hierbei über die uns an unserer Aktienemission zustehende Option verfügt. Wir wurden in die Lage versetzt, die Erwartungen in einer für unser Unternehmen außerordentlich vorteilhaften Weise zu tätigen und erwarten von derselben weitere glänzende Erfolge.

*** Deutsche Bierbrauerei Aktien-Gesellschaft, Berlin.** In der heutigen außerordentlichen Hauptversammlung, in der 15 Aktionäre 1000 Stimmen vertreteten, wurde der Antrag mit der Einstimmigkeit Brauhaus Aktien-Gesellschaft in Gesellschaft Chemnitz und der Brauerei zum sächsischen Aktien-Gesellschaft in Dresden auf der von uns bereits mitgeteilten, vom Aufsichtsrat vorgeschlagenen Grundlage genehmigt, wobei auf je nom. 10000 M. Aktien der aufgenommenen Brauereien je nom. 6000 M. Aktien der Deutschen Bierbrauerei gewährt werden. Im Zusammenhang hiermit wurde das Grundkapital der Gesellschaft um 6 Millionen Mark auf 10 000 000 M. Aktien erhöht, die sämtlich von einem unter Führung des Bankhauses Gebr. Arnhold stehenden Konsortium zu übernehmen sind. Das Bankhaus hat hierbei die Verpflichtung, diese Aktien zur Durchführung des erwähnten Umfanges zu verwenden und durch Vermittlung eines Konsortiums den verbleibenden Rest den allen Aktionären der Deutschen Bierbrauerei und den früheren sächsischen-Aktionären berichtigt zum Bezuge anzubieten, daß auf je drei alte Aktien eine neue zum Kurse von 170% bezogen werden kann. Ferner beschloß die Hauptversammlung die hiesigen wesentlichen Änderungen der Statuten, sowie einige weitere Satzungsänderungen. Die Firma der Gesellschaft wurde in „Deutsche Bierbrauerei A.-G.“ umgewandelt. In den Aufsichtsrat neu gewählt wurden folgende Herren: Geh. Justizrat Dr. Felix Bondi, Dresden, Bankier Dr. Heinrich Arnhold, Rechtsanwält Dr. E. G. Dresden, und Direktor Theodor (Bank für Brauindustrie, Berlin). Nach Mitteilung des Vorstandes sind die Geschäftsverhältnisse bis in den Sommer hinein unter ungünstigen Verhältnissen. Mit Eintritt des anhaltenden warmen Wetters und mit Beginn des Anstiehes eines größeren Bieres ist der Absatz aber erheblich gestiegen und befindet sich weiter in fortwährender Aufwärtsbewegung. Welchen Einfluß die in den letzten Tagen wegen der weiteren erheblichen Steigerung der Rohmaterialien vorgenommene Erhöhung der Bierpreise auf den Absatz einwirken haben wird, läßt sich indes nicht voraussagen. Eine glänzliche Weiterentwicklung des Unternehmens glaubt jedoch die Verwaltung durch die beschlossene Angleichung der Reichsbrauereiverordnung und des sächsischen Brauereigesetzes erwarten zu dürfen.

*** Mitteldeutsche Kraftwerke A.-G. in Berlin.** Die erst Ende 1919 unter Mitwirkung des Deutschen Reiches gegründete Gesellschaft veröffentlicht nunmehr ihre erste Bilanz für 1920/21, die nach Abzug von Zinsen in Höhe von 2,5 Millionen Mark und Abschreibungen von 875 000 M. einen Reingewinn von 218 801 M. bei 30 Millionen Mark Aktienkapital und 117,2 Millionen Mark Darlehen des Reichsfiskus ergibt. Unter Aktiven stehen Grundstückskautawerk mit 34,5 Millionen Mark und Aktiven mit 5,25 Millionen Mark. Ueber die Verwendung des Gewinnes werden keine Angaben gemacht. Die Gesellschaft erwirbt von den Aluminiumwerken A.-G. die Elektrizitätszentrale Sautz, die aus dem Ertragsfeld der Ritz mit Kohle gespeist wird, sowie das Kraftwerk Spremberg und das gleichfalls sächsische Kraftwerk A.-G.

*** R. Fischer A.-G., Berlin.** Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, einer auf den 20. Oktober d. J. einberufenen außerordentlichen Hauptversammlung die Erhöhung des Grundkapitals zur Verhinderung der Betriebsmittel der Gesellschaft um 8 Millionen Mark auf 20 Millionen Mark vorzuschlagen. Die jungen, ab 1. Januar 1921 dividendenberechtigten Aktien sollen von einem Bankenkonsortium unter Führung der Nationalbank für Deutschland, Kommanditgesellschaft auf Aktien, zum Kurse von 172% übernommen werden, mit der Verpflichtung, hiervon den Aktionären nominell 6 Millionen Mark im Verhältnis von 2:1 zum Kurse von 180% zum Bezuge anzubieten, während restliche 2 Millionen Mark zugunsten der Gesellschaft verwendet werden.

*** Fabrik photographischer Papiere vom Dr. A. Kurz Aktien-Gesellschaft in Bernau bei Berlin.** Die außerordentliche Hauptversammlung genehmigte die Erhöhung des Grundkapitals von 1 025 000 M. auf 1 525 000 M. durch Ausgabe von 200 000 M. 4% Vorzugsaktien mit zehnjährigem Stimmrecht und Dividendenberechtigung vom 1. Januar 1921. Die neuen Aktien bleiben in Verwaltung der Verwaltung der Gesellschaft. Die sich anschließende Hauptversammlung der Gesellschaft wird die Anträge der Verwaltung hinsichtlich zu. Ueber die Anträge erfahren wir, daß die Geschäftsverhältnisse nicht günstig zu beurteilen sind. Man hofft auf das amerikanische Geschäft, doch sind auch in dieser Hinsicht die Aussichten noch vollkommen ungewiß.

Everths

„Euco“-Benzin u. Öle

reife Qualität, rein und unverfälscht, in jeder Menge stets lieferbar bei uns

Everth & Co. G. m. b. H.

Tel. 17131 und 17177

Wagen- und Tankstelle geöffnet von 7-7 Uhr.

